76. Jahrgang. Nr. 18 Dienstag, 12. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 5.40 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 5.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Ersteinschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Kaysch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Hugenbergs und Hitlers Absage an Brüning

Reichspräsidentenwahl nur durch das Volk

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Jan. Der für die gesamte Oeffentlichkeit so überraschend gekommene Vorstoß des Reichskanzlers Dr. Brüning in der Angelegenheit der Reichspräsidentenwahl ist heute gescheitert. Die Führer der nationalen Opposition haben es abgelehnt, der von Dr. Brüning vorgeschlagenen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch verfassungsänderndes Gesetz beizutreten. Sowohl Geheimrat Hugenberg als auch Adolf Hitler haben dies dem Reichskanzler in inhaltlich gleichlautenden Briefen mitgeteilt. Die Briefe selbst werden am Dienstagvormittag der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Der Absendung dieser Schreiben war eine Unterredung zwischen Hugenberg, Hitler und Beauftragten des Stahlhelms vorausgegangen. Maßgebend für die Ablehnung sind für die Führer der nationalen Opposition in erster Linie verfassungsrechtliche Bedenken gewesen. Besonders hat der deutschnationale Parteiführer, Geheimrat Hugenberg seit Jahren den Standpunkt vertreten, daß die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten gegenüber dem im parlamentarischen System nahezu allmächtig gewordenen Reichstag gestärkt werden müßten. Nach dem Plane Dr. Brünings aber sollte eine Zweidrittelmehrheit von Parlamentariern den bedeutungsvollen Akt vornehmen, den selbst die Schöpfer der Verfassung nicht in die Hände des Parlaments gelegt wissen wollten. Zu diesen verfassungsrechtlichen Bedenken der nationalen Opposition traten dann noch politische.

Von deutschnationaler Seite wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß in der Annahme des Vorschlags Brünings zugleich eine Vertrauenskundgebung für den Kanzler zu sehen gewesen wäre. Zu einer solchen Vertrauenskundgebung für Brüning sei aber für die Deutschnationalen kein Anlaß gegeben.

In voller Uebereinstimmung mit dem Stahlhelm halte man an dem Standpunkt fest, daß eine parlamentarische Lösung nicht eine Machtstärkung der Stellung des Reichspräsidenten bedeuten würde, sondern im Gegenteil eine Vermehrung der Machtbefugnisse des Reichstages herbeiführen würde. — Der den Deutschnationalen nahestehende „Schnelldienst" weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß im Hinblick auf die bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen in Lausanne eine Wiederholung solcher Versuche — auch in abgeänderter Form oder getarnt — eine Gefahr bedeuten würde.

Die Volkswahl, die der Reichskanzler vermeiden wollte, wird nun doch vorgenommen werden müssen. Gerüchten zufolge, für die allerdings die amtliche Bestätigung noch aussteht, soll die Reichsregierung nun Erwägungen anstellen, ob und in welcher Form der Reichspräsident von Hindenburg sich zur Wiederwahl durch das Volk stellen kann. Hier dürften aber erst die nächsten Tage Klarheit bringen, denn

nach den bisherigen Verlautbarungen aus dem Reichspräsidentenpalais wollte Hindenburg sein Amt über die am 5. Mai d. J. ablaufende Zeit hinaus nur dann ausüben, wenn er dies, gestützt auf sämtliche Parteien, tun könnte.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang noch, daß sich die bisherigen Besprechungen der nationalen Opposition nur auf den Vorschlag einer Verlängerung oder Erneuerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch verfassungsänderndes Gesetz bezogen.

Zu dem Gedanken einer neuen Volkswahl Hindenburgs hat die nationale Opposition noch nicht Stellung genommen.

Sie ist gemäß ihrer Einstellung, daß die Frage der Reichspräsidentenwahl in keiner Weise übereilt zu werden brauche, auch der Auffassung, daß der Gedanke einer neuen Volkswahl Hindenburgs in aller Ruhe geklärt werden müsse. Man nimmt an, daß erst etwa Anfang Februar von der zuständigen Stelle mit den Parteien darüber Fühlung genommen wird, ob es möglich ist Hindenburg als gemeinsamen Kandidaten der Rechts- und Mittelparteien, möglicherweise auch der Sozialdemokratie, wieder aufzustellen. Im Falle der Zustimmung Hindenburgs zu einer Wiederaufstellung als Präsidentschaftskandidaten wird vermutlich nur ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt werden, und eine

Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgang würde dann gesichert sein.

Man hält es in unterrichteten Kreisen für möglich, daß sich der Aeltestenrat des Reichstages auf Wunsch der Regierung in seiner morgigen Sitzung bereits mit der Frage befaßt, ob das Reichstagsplenum zur Terminfestsetzung der Reichspräsidentenwahl vor dem ursprünglich in Aussicht genommenen 28. Februar zusammentreten soll. An und für sich sollte der Aeltestenrat am Dienstag lediglich den kommunistischen Antrag auf vorzeitige Einberufung des Parlaments zur Besprechung der außen- und innenpolitischen Lage behandeln. Dieser Antrag wird sicherlich abgelehnt werden.

Ein Zusammentritt des Reichstages vor dem 28. Februar würde nur beschlossen werden, wenn dies die Regierung zur Erledigung des Wahlgesetzes wünschen sollte.

Heute war an den amtlichen Stellen allerdings noch nichts darüber bekannt, ob die Reichsregierung im Aeltestenrat einen solchen Wunsch zum Ausdruck bringen wird. Läßt man den Reichstag erst zusammentreten, so besteht immerhin die Möglichkeit, daß er dann die Vornahme großer politischer Debatten beschließt, denen die Regierung bisher ausgewichen ist.

So ist nun das eingetreten, was wir schon bei Beginn der Brüningschen Aktion für wahrscheinlich hielten, daß sie nämlich unter Verkennung der Stimmungen und der realpolitischen Verhältnisse zu einem Mißerfolg führen müsse. Dr. Brüning hätte das vermeiden können, wenn er sich früh genug Aufschluß über die tatsächliche Lage verschafft hätte, ehe er die Verhandlungen einleitete, von denen von vornherein anzunehmen war, daß sie sich nicht geheimhalten lassen würden. Am bedauerlichsten ist aber, daß die Person des verehrten Reichspräsidenten v. Hindenburg, gegen die sich auch, wie ausdrücklich betont wird, die Stellungnahme der nationalen Opposition in keiner Weise richtet, im Mittelpunkte von Verhandlungen stehen mußte, die der Reichspräsident selbst in dieser Art kaum gewünscht haben dürfte. Ob sich aus dem Scheitern der Aktion der Regierung Verstimmungen zwischen der Reichskanzlei und dem Reichspräsidentenpalais, wie man sie verschiedentlich jetzt befürchtet, ergeben können, wird abzuwarten sein.

Meißner bei Hitler

Berlin, 11. Jan. Der „Börsen-Courier" weiß zu berichten, daß es Montag um 21 Uhr unerwartet im Hotel „Kaiserhof" noch zu einer Besprechung zwischen Staatssekretär Meißner und Hitler gekommen sei. An der Besprechung habe auch Hauptmann a. D. Goering teilgenommen, der Staatssekretär Meißner abgeholt hatte. Eine Bestätigung dieser Meldung war Montag abend nicht mehr zu erhalten.

Der Magier tritt ab

Stünde die Welt nicht vor den größten außenpolitischen Ereignissen, dem Endkampf um die Liquidierung des Weltkrieges, der mit der deutschen Erklärung der Tributeinstellung in sein letztes Stadium getreten ist, würde die Weltwirtschaftskrise nicht die Gedanken der politischen Welt ebensosehr in Anspruch nehmen, wie die unmittelbar bevorstehende Abrüstungskonferenz, dann wäre die Ankündigung des Rücktritts des französischen Außenministers Aristide Briand ein welthistorisches Ereignis geworden. Anlaß zu einer Flut von freundlichen und feindlichen Betrachtungen in aller Herren Ländern, je nach der Einstellung des betreffenden Politikers oder Journalisten. So aber spielt sich der Abtritt des größten Zauberers der Nachkriegszeit von der Weltbühne ziemlich am Rande der Zeitgeschichte ab. Freilich, Briand zögert noch, ob der Abgang wirklich sein muß, aber es ist niemand, der ihn ernsthaft halten will. Frankreichs Außenminister ist tatsächlich alt geworden. Er ist müde und vergrämt. Seine Freunde erzählen von den riesigen Anstrengungen, die er täglich macht, um der Sache seines Volkes auch mit immer kränker werdendem Körper zu dienen. Aber seine Gegner weisen darauf hin, daß Briand längst viel zu alt geworden sei, um den erhöhten Anforderungen, die die letzten Monate an die französische Außenpolitik stellten, gerecht zu werden. Tatsächlich ist das französische Außenamt schon seit langem nicht mehr von Briand selbst, sondern von dem Ministerpräsidenten Laval in eigener Person verwaltet worden. Zum letzten Male trat Briand an die Oeffentlichkeit, als er versuchte, mit den unzulänglichen Mitteln des Völkerbundsrates den fernöstlichen Konflikt zu schlichten. Es ist ihm, obwohl er noch einmal die reichen Mittel seiner glänzenden Verhandlungskunst spielen ließ, nicht gelungen, einen Konflikt zu schlichten, der aus dem Gegensatz der japanischen Uebervölkerung und der dünnen Besiedlung der unter Chinas Oberhoheit stehenden Mandschurei mit der Naturkraft eines Elementarereignisses entstanden ist. Während er sich aber im historischen Uhrensaal des Außenamtes vergeblich abmühte, fand in der französischen Kammer die außenpolitische Aussprache statt. Als Briand aus den Völkerbundsberatungen in das Parlament kam, um wenigstens einem Teil der Debatte als zuständiger Ressortminister beizuwohnen, schlief der alte Mann schon nach kurzer Zeit ein. Gegnerische Deputierte, die den eingenickten Minister sahen, riefen ohne Rücksicht mit gutgespielter Entrüstung: „Frankreichs Außenpolitik schläft!" So war Briand ziemlich unmöglich geworden und tatsächlich nicht mehr zu halten. Die Spuren des Alters ließen sich nicht länger verstecken. Das Drängen der jungen Generation wurde immer stärker.

Als der Kriegsminister Maginot starb, erklärten die Parlamentarier neuerdings, nun müsse, um das Kabinett in der Balance zu halten, nach dem Tode des rechten Flügelmannes auch der linke Flügelmann Briand abtreten. Tardieu, der das Ackerbauministerium schon längst wieder mit einem einflußreicheren Ministerium vertauschen wollte, drängte. Anderseits erhob Paul Boncour, der auf den bisherigen Abrüstungskonferenzen mit größtem Geschick alle Gefahren vom französischen Militarismus ferngehalten hatte, und der als Sozialist die Einbeziehung selbst der Frauen und Kinder in die militärische Organisation des Landes durchgesetzt hatte, jetzt den Anspruch, für sein Ausscheiden aus der Sozialdemokratie belohnt zu werden, die er doch nur verlassen hatte, um Karriere zu machen. Beide Rivalen sind die Hauptintriganten gegen Briand. Sie haben den Vorzug, viel jünger als Briand zu sein. Tardieu ist unbedingter Mann der Rechten, Schüler Clemenceaus und Poincarés. Paul Boncour ist nicht weniger nationalistisch. Aber er kommt von der Linken, an die Laval Anschluß suchen will, um ihren Angriffen bei den demnächst stattfindenden Kammerwahlen besser begegnen zu können. Auch Briand kam ja aus dem Lager Paul Boncours. Er, der am 28. März seinen 70. Geburtstag wird feiern können, stammt aus der Bretagne, dem kleinen Fischerhafen St. Nazaire. Sein Vater war der Inhaber einer verrufenen Kneipe. Aber der junge Briand, ehrgeizig und intelligent, studierte die Rechte und ergriff dann den Beruf, der in Frankreich am leichtesten eine politische Laufbahn zu garantieren scheint. Mit 20 Jahren war er bereits Advokat in Nantes. Aber eine Liebesaffäre, durch die er in Konflikt mit Behörden und Oeffentlichkeit kam, vernichtete seine berufliche Stellung. Er wurde aus dem Advokatenstand ausgestoßen und wandte sich, völlig mittellos, nach Paris, wo er sich der Sozialdemokratie anschloß und an Zeitungen dieser Richtung mitarbeitete. Seine Freunde sind Millerand, der spätere Präsident der Republik und nationalistische Hetzer gegen Deutschland, und Rene Viviani, der französische Ministerpräsident im ersten Kriegsjahr. Beide verraten, um Minister zu werden, kurze Zeit später ihre sozialistische Gesinnung. Unterdessen hat sich Briand durch seine zündende Beredsamkeit großen Einfluß bei den revolutionären Massen in Paris gesichert. Im Auftrag Jean Jaurès' versuchte Briand seinen abtrünnigen Freund Millerand zur Rückkehr zu bewegen. Aber

---

Eine neue Agraraktion der Regierung?

Schiele spricht im Rundfunk

Berlin, 11. Jan. Reichsminister Schiele sprach heute im Landwirtschaftsfunk der Deutschen Welle über „Die Landwirtschaft an der Jahreswende". Er bezeichnete die fortschreitende Senkung der Lebensmitteleinfuhr als die entscheidendste Tatsache der Agrarpolitik der letzten Jahre. Der Einfuhrüberschuß an Nahrungsmitteln sei seit 1927 im Jahre 1931 auf ein Drittel des Wertes zurückgegangen.

Die volle Ausnutzung der in der Landwirtschaft noch vorhandenen Produktionsreserven würde uns von jeder Sorge und Abhängigkeit in der Sicherung unserer Ernährung in kurzer Zeit befreien können.

Deshalb sei es gerecht und klug, wenn Maßnahmen ergriffen worden sind, die vielleicht eine völlige Umkehr der bisherigen wirtschaftspolitischen Auffassungen bedeuten, die aber dazu dienen sollen, besonders die bäuerliche Landwirtschaft in ihrer Produktionskraft im Interesse des Volksganzen und der Sicherung der Ernährung zu erhalten und zu stärken; das sei eine Lebensfrage des gesamten Volkes. Der Reichskanzler habe erklärt, daß Deutschlands verzweifelte Lage die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Wie wäre es um unsere Verhandlungsfreiheit bestellt? fragte der Minister, wenn wir in dieser Krisenzeit von ausländischen Nahrungsmitteleinfuhren und damit praktisch von ausländischen Krediteinfuhren abhängig wären?

Ein Volk, das sich nicht selbst ernähren kann, ist auch nicht fähig, seine nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu behaupten.

Zum Schluß wandte sich der Minister an seine landwirtschaftlichen Berufsgenossen und erklärte: „Ich kann und will Ihnen zum neuen Jahr kein neues Programm bringen. Ich will Ihnen nur sagen, daß die Reichsregierung sich nicht irre machen läßt in ihrem Ziele, dem sie schon in den allernächsten Tagen einen neuen, deutlichen Ausdruck verleihen wird. Sie wird für die Sicherheit der deutschen Volksernährung und für die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft alles das tun, was die Lage erfordert und was die Lage möglich macht. Sie tut es in der Ueberzeugung, daß sie hiermit zugleich wichtigste Pionierarbeit an dem Fundament für die bessere Zukunft des deutschen Volkes leistet."

SLUB
Wir führen Wissen.